

## Protokolleintrag vom 03.04.2013

2013/125

### Schriftliche Anfrage von Dr. Richard Wolff (AL) vom 03.04.2013: Lärmklagen in Zürich West, Handlungsoptionen der Stadt

Von Dr. Richard Wolff (AL) ist am 3. April 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 27.3.2013 veröffentlichten die Betreiberinnen der Maag-Halle eine Medienmitteilung. Gemäss dieser Mitteilung haben sich AnwohnerInnen aus der neu-erstellten Wohnüberbauung ‚Maaghof-Park West‘ über Lärmbelästigungen beschwert, die vom 100 Meter entfernten Härtere Club, Teil der Maag-Halle, ausgehen. Die Betreiberinnen der Maag-Halle haben bereits mit verschiedenen Massnahmen reagiert, um die Lärmemissionen zu reduzieren. Unter anderem wurde der Clubbetrieb – vorerst vorübergehend – in einen von der Wohnüberbauung weiter entfernten Teil der Maag-Halle verlegt. Im Zusammenhang mit den bestehenden und allfälligen zukünftigen Lärmkonflikten stellen sich verschiedene Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat ganz grundsätzlich zum Konflikt, dass die Lebendigkeit von Zürich West mittels Lärmklagen existenziell gefährdet werden kann? Einerseits werden Wohnungen zum Kauf oder zur Miete angepriesen mit dem speziellen Verkaufsargument, dass sich diese in einem besonders pulsierenden Quartier befinden. Andererseits sind es auch Neuzuziehende, die sich dann mit Lärmklagen gegen diese Lebendigkeit wehren.
2. Wie gedenkt sich die Stadt Zürich im konkreten Fall Maag-Halle / Härtere Club / Wohnüberbauung ‚Maaghof-Park West‘ zu verhalten? Was kann die Stadt überhaupt tun?
3. Ist es denkbar, dass die Stadt, um die Attraktivität der Ausgehmeile Zürich West zu erhalten, den BetreiberInnen zur Seite steht respektive ihnen – medienwirksam und aktiv – unter die Arme greift, um den Veranstaltungsbetrieb im lang erprobten und bewährten Ausmass weiterführen zu können? Kann und will sich die Stadt auch in aktiv-konstruktiver Form dafür einsetzen, dass die Maag-Halle nach Ablauf der Zwischennutzung per Ende 2015 weiter Bestand hat?
4. Kann – auch mithilfe der verantwortlichen Immobilienfirmen – allenfalls darauf hingewirkt werden, dass interessierte MieterInnen / KäuferInnen von Wohnungen im Umfeld der Vergnügungsmeile darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie hier nicht am Waldrand wohnen werden und mit gewissen Emissionen (nicht nur durch den Verkehr) zu rechnen haben?

Mitteilung an den Stadtrat